

Programmierte Verwahrlosung

Von Peter Keller — Der Ständerat hat die Zweitwohnungsinitiative entstellt. Teilweise zu Recht. Trotzdem soll das Volk seinen Willen bekommen.



So läuft es in der Demokratie: Walliser Chalets.

Der Ständerat hat vorgekaut, nun kommt das Zweitwohnungsgesetz noch in den Nationalrat. Zur Erinnerung: Am 11. März 2012 sagte das Schweizer Volk ja zur Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!». Am Ende entschieden bloss 28 451 Bürgerinnen und Bürger, etwa die Gemeinde Emmen, zugunsten der Vorlage. Andererseits: So läuft es in der Demokratie.

Die betroffenen Gemeinden im Alpenbogen lehnten die Zweitwohnungsinitiative praktisch geschlossen ab, die grossen Zentren fernab der Bergregionen folgten der Vollbremse des Naturschützers Franz Weber. Man könnte auch sagen: Das föderalistische Prinzip der Schweiz wurde gespült. Andererseits: Die Mehrheit muss sich nicht erklären.

Franz Webers Zweitwohnungen

Erst nach der Abstimmung wurde bekannt, dass Franz Weber und seine Familie (beziehungsweise Stiftung) nicht nur eine Zweitwohnung, sondern eine ganze Reihe «kalter Betten» besitzen, wie die *Schweiz am Sonntag* herausfand: eine Vierzimmerwohnung im Personalhaus des «Grandhotel Giessbach», eine nette Dépendance in Paris, ein Ferienhaus in der Provence und dann noch ein viertes Domizil unweit ihres eigentlichen Wohnsitzes in Montreux. Ziemlich doppelamoralisch für einen Initianten, der

von Zweitwohnungen sagt, sie seien «besonders unsinnig, denn sie stehen fast immer leer». Andererseits: Auch unglaubliche Menschen können richtige beziehungsweise mehrheitsfähige Anliegen vertreten.

«Schamloser Verfassungsbruch»

«Der Anteil von Zweitwohnungen am Gesamtbestand der Wohneinheiten und der für Wohnzwecke genutzten Bruttogeschossfläche einer Gemeinde ist auf höchstens zwanzig Prozent beschränkt.» So lautet der neue Auftrag in der Bundesverfassung. Was der Ständerat daraus gemacht hat, ist faktisch ein Zweitwohnungsumgehungsgesetz, ein «schamloser Verfassungsbruch» (Staatsrechtsprofessor Alain Griffel), ein «Rezeptbuch für den Bau von neuen Zweitwohnungen», wie Vera Weber, Tochter des Initianten, die Fassung der Kleinen Kammer betitelte.

Selbst die nicht gerade als links-grünes Eiferblatt bekannte NZZ fand, der Ständerat habe «mehrfach» rote Linien überschritten. Ein paar Beispiele: Die Hotellerie darf weiterhin neue Zweitwohnungen mit «kalten Betten» bauen; auch sollen Zweitwohnungen in «erhaltenswerten» Bauten noch möglich sein – wobei niemand (und dies war wohl Absicht) so genau weiss, was unter dieser Kategorie zu verstehen ist. Dann dürfen bisherige, «altrechtliche», Zweitwohnungen um bis zu 30 Quadratmeter erweitert werden, obwohl die Initiative und damit die heutige Verfassung ausdrücklich auch eine Beschränkung der Fläche vorsieht.

Mit anderen Worten: Der Volkswille wurde mit Füßen getreten. Und nicht wenige dieser Füße gehören Vertretern jener Partei, die sonst lautstark über die lasche Umsetzung ihrer eigenen Initiativen, wie zum Beispiel die Ausschaffung krimineller Ausländer, lamentieren – wo wiederum jene linken Parlamentarier mitmachen, die nun Krokodilstränen vergiessen bei der Nichtumsetzung der Zweitwohnungsinitiative.

Die Schweiz ist nicht Zermatt. In der Leventina gibt es haufenweise Zweitwohnungen von Familien, die längst nicht mehr im entvölkerten und wirtschaftlich brachliegenden Gebirgstal leben. Käufer oder Mieter für Erstwohnungen sind kaum zu finden. Die konsequente Umsetzung der Initiative wird die Verwahrlosung der Leventina vorantreiben.

Andererseits kommt irgendwann kein andererseits mehr. Das Volk wollte mehrheitlich einen antiföderalistischen Baustopp mit hässlichen Nebenwirkungen in den Alpentälern. Es soll seinen Willen zu spüren bekommen.

Die Umarmerin



Isabel dos Santos, Oligarchin.

Schön wie Kleopatra, aber eine «Kleptokratin» (*Forbes*) – Isabel dos Santos, die reichste Frau Afrikas, drei Milliarden Dollar schwer in einem Land, wo sich zwei Drittel der zwanzig Millionen Einwohner mit zwei Dollar über den Tag hinwegretten, greift gerade nach Portugals Telekom. In Umkehrung der früheren Verhältnisse: Die einstige Kolonie Angola plündert das verarmte Mutterland Portugal. Die unheimliche Königin des Schwarzen Kontinents ist die Tochter des ewigen Staatspräsidenten José Eduardo dos Santos, 72, der als eine Art sozialistischer Monarch seinerseits auf vermuteten 32 Milliarden allein aus Ölquellen sitzt, und der russischen Schachmeisterin Tatiana Kukanowa.

Zur Welt kam sie vor 41 Jahren im damals sowjetischen Baku. Die Familie hält als afrikanische Variante des Oligarchentums Schlüsselbeteiligungen in Öl, Diamanten und anderen Rohstoffen, Banken, Zement, Supermärkten, Immobilien, Medien, Telekommunikation – faktisch besitzt sie den Staat, der auf der Weltrangliste der Korruption den 157. von 176 Plätzen einnimmt. Isabel lenkt als Mastermind die Geldströme auf die richtigen Konten der Familie und ihrer Günstlinge. Selbst ihre Feinde bestaunen ihr virtuosos Talent in der Umarmung des Kapitalismus. Sie wuchs in London auf, wo ihre Mutter lebt, und machte am King's College einen Ingenieurabschluss. Sie arrangiert sich mit sieben Geschwistern von drei Ehefrauen und einer Mätresse des Präsidenten. In die Hauptstadt Luanda kam sie 1992 nach Ende des Bürgerkriegs zurück, und weil dort nichts lief, eröffnete sie eine Strandbar, die bis heute floriert. Die Boomtown Luanda gilt heute als teuerste Metropole der Welt. Im Januar 2013 feierte Isabel ihren zehnten Hochzeitstag mit dem Financier Sindika Dokolo, 42, und ihren drei Kindern. Dokolo, Sohn eines Kongolesen und einer Dänin, gilt als bedeutendster Sammler afrikanischer Kunst. Sein eigener im Edelsteinhandel reich gewordener Clan war in Zaire vom Diktator Mobutu enteignet worden. Der Prinzgemahl liebt an seiner African Queen, sagte er auf ihrem TV-Sender, Selbstbewusstsein, Stabilität, Ehrgeiz. Ein Kompliment wie eine Drohung. *Peter Hartmann*

Schlechter Stil

Von Philipp Gut — Die Abstimmungsempfehlungen des Bundesrats: ein Bumerang.

Offiziell heissen sie «Erläuterungen des Bundesrates», der Volksmund spricht auch vom «Abstimmungsbüchlein». Im Vorfeld eidgenössischer Urnengänge veröffentlicht die Bundeskanzlei jeweils ein dunkelrotes Heftchen, in dem sie die Vorlagen vorstellt und die Empfehlungen der Regierung darlegt.

Allerdings: Das Unterfangen, die Stimmbürger auf Regierungskurs zu bringen, ist ein heikles, wie das Beispiel Ecopop zeigt.

An dieser Stelle muss ich etwas persönlich werden. Ich habe das Abstimmungsbüchlein in der festen Absicht studiert, nein zu Ecopop zu sagen. Es gibt gute Gründe, um diese wachstumsfeindliche Initiative, die erheblich weiter geht als jene über die Masseneinwanderung, abzulehnen. Damit fand ich mich im Einklang mit dem Bundesrat. Doch obwohl die Regierung dieselbe Meinung vertritt, verärgerte sie mich bei der Lektüre zusehends. Mit ihren Argumenten, aber auch mit ihrem Stil.

So schreibt der Bundesrat, eine Annahme der Initiative würde seine Bemühungen «erschweren, gute und stabile Beziehungen mit der Europäischen Union (EU) zu erhalten». Doch nicht nur das: Ein Ja zu Ecopop würde auch die «Lösung» gefährden, welche die Regierung derzeit im Nachgang über die Abstimmung vom 9. Februar mit der EU anstrebt. Als ob es nicht um den Inhalt der bevorstehenden Abstimmung ginge, sondern darum, dem Bundesrat und seinen Unterhändlern die Arbeit zu erleichtern. Das ist ein sachfremdes, überdies gouvrenantenhaftes Argument, nach dem Motto: «Volk, du hast uns schon genug Ärger gemacht, jetzt lass uns in Frieden.»

Vollends belehrend wird es, wenn der Bundesrat das Ecopop-Anliegen des schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen mit dem Satz pariert: «Aber dafür müssen wir nicht andere Menschen aussperren, sondern den eigenen Ressourcenverbrauch senken!»

Was hat, bitte schön, das Ausrufezeichen in einer Regierungsbroschüre zu tun, die erklärtermassen nüchtern und sachlich sein will? Das ist schlechter Stil. Und es könnte den einen oder andern Stimmbürger zum Nachdenken anregen. Weshalb setzt der Bundesrat auf solche Überwältigungsrhetorik? Fehlt es ihm an tauglichen Argumenten? Auf Bevormundung reagiert der Bürger bockig. Mir jedenfalls geht es so. Ich werde mir die Sache nochmals überlegen. Wenn der Bundesrat nicht souveräner argumentiert, riskiert er, dass seine Empfehlungen zum Bumerang werden.

«Die Swissness ist ‹Teufelszeug›»

Von Rico Bandle und Philipp Gut — Die SRG plant heimlich eine Revolution: Die Schweiz dürfe im Schweizer Fernsehen keine so grosse Rolle mehr spielen, fordert der Unterhaltungschef.



Dorn im Auge trotz Erfolg: «SRF bi de Lüt».

Christoph Gebel ist seit fast vier Jahren Leiter der Unterhaltungsabteilung beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), doch jetzt plant er den grossen Coup. In einem internen Papier, das der *Weltwoche* vorliegt, fordert der Unterhaltungschef nichts weniger als eine Neuausrichtung des Programms. In der Unterhaltung, aber nicht nur dort. Brisant: Die SRF-Geschäftsleitung stützt den Vorstoss.

«Swissness vs. CH in Europa: Was heisst das für unser Programm?», fragt Gebel. Und er liefert die Antwort gleich selber: «Die Swissness ist ‹Teufelszeug›.» Hoppla!

«Zu viele Kühe und Alpen»

Wie kommt der Chef der mächtigen Unterhaltungsabteilung zu einem solchen Befund? Zwar sei die Swissness – also der Bezug zur Schweiz und ihren traditionellen Werten – das wichtigste «Alleinstellungsmerkmal» gegenüber der deutschsprachigen Konkurrenz. Doch sie dürfe «künftig nicht mehr in gleichem (Über-)Mass zu reinem Selbstzweck eingesetzt werden – quer durch alle Inhaltsabteilungen». Es gebe, so dekretiert Gebel, «definitiv zu viele Kühe und Alpen im Programm».

Ironischerweise hat die SRF-Unterhaltungsabteilung diesen – sehr erfolgreichen – Trend mit Sendungen wie «SRF bi de Lüt» oder «Die grössten Schweizer Hits» selber befeuert.

Offensichtlich will die Chefetage das jetzt korrigieren. Sowohl bestehende wie neu zu entwickelnde Unterhaltungssendungen hätten eine aufgeklärte und kritische Haltung einzunehmen, so Gebel weiter. Denn das «Problem der Swissness» sei, «dass sie einen unkritischen, oft idealisierten und teils verkitschten Blick auf unser Land wirft».

Es geht also nicht darum, ob die Sendungen gut gemacht sind und spannende Unterhaltung bieten. Das Ziel ist kein journalistisches, sondern ausdrücklich ein politisches: Es müsse verhindert werden, «dass wir dem Publikum ein reaktionäres Weltbild vermitteln, also das Bild einer Schweiz skizzieren, die es so nur noch auf dem Leporello gibt», schreibt Gebel. «Ziel ist es, mit einem Gleichgewicht zwischen Verankerung und Öffnung ein moderneres Bild der Schweiz abzubilden.» Auch in Unterhaltungssendungen seien unbedingt «realistischere Stoffe» einzuplanen. Sogar bei «SRF bi de Lüt» sei das «möglich und nötig».

Für Gebel bedeutet «Öffnung», dass die Begriffe «CH in Europa» und «CH in der Welt» in den Sendungen zum Ausdruck kommen.

Dass der ländlichen Schweiz in der SRF-Unterhaltung viel Platz eingeräumt wird, ist der progressiv-urbanen Elite schon länger ein Dorn im Auge. 2010 beanstandete der abtretende SP-Bundesrat Moritz Leuenberger:

«Obwohl die Städte in fast allen Bereichen den Takt angeben, wird das glückliche Landleben noch heute in einem Masse verherrlicht, das an Verlogenheit grenzt.» Von Landsendungen wie «SRF bi de Lüt» (damals: «SF bi de Lüt») fühle er sich diskreditiert: «Wir schliessen daraus: Auf dem Land leben die Sympathischen, in der Stadt die Unsympathischen.»

SRG-Generaldirektor Roger de Weck, der auch dank Leuenberger ins Amt gewählt worden war, nahm den bundesrätlichen Steilpass dankend an. Mit dem Resultat, das «SRF bi de Lüt» plötzlich auch in Zürich oder Bern haltmachte. Man gab sich alle Mühe, die «weltoffene Schweiz» abzubilden. Für den Zuschauer blieb aber bloss die Erkenntnis, dass das Leben in den Städten nicht weniger bieder ist als auf dem Land.

Geringschätzung des Publikums

Wie soll die Unterhaltung auf SRF idealerweise aussehen? Als positive Beispiele nennt Gebel im internen Papier die Castingshow «The Voice of Switzerland», in der viele Secondos mitmachen, sowie die beiden Doku-Soaps «Jobtausch» und «Verkehrte Welt», in denen Schweizer für kurze Zeit ins Ausland gehen und im Gegenzug Ausländer in die Schweiz kommen. Bei allen drei Sendungen handelt es sich um im Ausland eingekaufte Formate, die man in ähnlicher Form auch auf Privatsendern sieht. «Jobtausch» und «Verkehrte Welt» werden sogar für SRF von einer deutschen Produktionsfirma (Constantin) hergestellt. Davon möchte Gebel mehr – SRF wird sich also weiter der privaten Konkurrenz angleichen. Bewusst und vorsätzlich kratzt man am «Alleinstellungsmerkmal».

Ganz anders das gescholtene Format «SRF bi de Lüt»: Dieses ist eine SRF-Eigenproduktion, erfunden von den Vorgängern Gebels und de Wecks. Einzelne «SRF bi de Lüt»-Ideen wie die «Landfrauenküche» konnten sogar erfolgreich an ausländische Sender verkauft werden. Davon ist man heute weit entfernt: Die neue Unterhaltungsstrategie ist nicht nur fragwürdig hinsichtlich der Eigenständigkeit des Senders, sie zeugt auch von der Ideenlosigkeit der aktuellen Führungsriege.

Unterhaltung bedeutet seit je die Schaffung von Illusionen; sie soll Freude bereiten, ablenken vom Alltag. Der grandiose Erfolg von «SRF bi de Lüt» zeigt: Das bäuerliche Leben ist für den Schweizer weiterhin ein Ort der Sehnsucht. Der Zuschauer ist klug genug, um zu wissen, dass nicht alles Gezeigte vollumfänglich der Realität entspricht.

Wenn nun die SRF-Spitze eine erfolgreiche Unterhaltungsstrategie aus weltanschaulich-politischen Gründen anpassen möchte, bringt sie damit in erster Linie ihre Geringschätzung des Publikums zum Ausdruck: Sie hält es für eine manipulierbare Masse, die man beliebig in eine bestimmte Richtung (Europa!) lenken kann.

Personenkontrolle

Sarasin, Goltermann, Wildberger, Benini, Blocher, Bodenmann, Capus, Haldimann

Der Fall Sarasin treibt weiter Blüten: Professor **Philipp Sarasin** und Professorin **Svenja Goltermann** liessen sich krankschreiben. Synchron. Und dies schon seit dem 5. November. Die Enthüllungen der *Weltwoche* hätten sie «so stark beeinträchtigt, dass ein voller, professioneller Einsatz nicht mehr möglich war», lässt das Professorenpaar via Krisenberater und Ex-*Weltwoche*-Chef **Jürg Wildberger** ausrichten. Andere externe Experten untersuchen derweil, was bei der Berufung Goltermanns alles schiefgelaufen ist. Im Zentrum steht die Verletzung der Ausstandsregeln durch Professor Sarasin: Er sass in der Kommission, die seine frühere Geliebte Svenja Goltermann erfolgreich zur Professorin vorschlug. Heute leben die beiden zusammen. Ebenfalls gemeinsam wollen sie am 7. Dezember wieder die Arbeit aufnehmen. (gut)



Synchron krank: Goltermann, Sarasin.

«Die Mitglieder des Bundesrates [...] hätten «ais ad Schnure» verdient, diese «Sieche» – glaubt man **Francesco Benini**, Journalist der *NZZ am Sonntag*, rief **Christoph Blocher** mit diesen Worten öffentlich zur Gewalt gegen die Regierung auf. Das vermeintliche Zitat wurde schnell multipliziert, etwa von *Weltwoche*-Kolumnist **Peter Bodenmann**, aber auch von Schriftsteller **Alex Capus**. Bloss: Stimmt es? Die Aussage sei in ihr Gegenteil verkehrt worden, sagt Blocher. In Wirklichkeit habe er in einem Plädoyer gegen Epopop vor Wutbürgern gewarnt, die «de Sieche da obe ais ad Schnure» geben wollen. Er könne sich nicht mehr erinnern, wer genau was sagte, versucht sich Benini in einer schriftlichen Stellungnahme aus der Affäre zu winden. Dass Blocher das Wort im Mund verdreht wird, ist nicht neu. 1997 musste Chefredaktor **Ueli Haldimann** beim Konkurrenzblatt *Sonntagszeitung* nach einem gefälschten Blocher-Zitat den Hut nehmen. Dummerweise war das Original vom Schweizer Fernsehen aufgezeichnet worden. (axb)

Nachruf



Glarner Original: Alt Ständerat This Jenny.

This Jenny (1952–2014) — Seine Ständeratskollegen, die nächtelang an ihren wohlüberlegten Voten feilten, taten ihm leid. Denn wer am nächsten Abend in der «Tageschau» erschien, war This Jenny, der sich erst während der Debatte ein paar Notizen zusammengekritzelt hatte. Gesunder Menschenverstand, Witz und Schlagfertigkeit waren die Stärken des geborenen Landsgemeinde-Redners. Bei der Beratung eines Hundegesetzes bestieg der Tierfreund die Rednerbühne und erklärte unter allgemeiner Heiterkeit, bei der neu vorgesehenen Leumundsprüfung hätte er niemals einen Hund halten dürfen. Jenny war ein froher Freigeist, der gerne lebte und leben liess. Er mochte die Menschen, und die Menschen mochten ihn. Beruflich, politisch und sportlich verfolgte er die gesteckten Ziele mit eisernem Fleiss – und legte eine Glarner Tellerwäscherkarriere hin: Der Kleinbauernbub aus mittel- und lieblosem Elternhaus wurde Mehrheitsbesitzer der Bauunternehmung Toneatti AG. «Nur weil ich arm geboren bin, muss ich nicht arm sterben», so Jennys Kommentar. In der Kleinen Kammer kämpfte der SVP-Mann für Marktwirtschaft, Selbstverantwortung und Abstimmungstransparenz wie für die Mitbürger auf der Schattenseite des Lebens. Als er im Februar unheilbar an Magenkrebs erkrankte, sprach er offen über ein selbstbestimmtes Ende mit Exit. Nun ist This Jenny diesen Weg mit der ihm eigenen Konsequenz gegangen. Er glaubte an die Chancen, die das Leben bietet. Aber nicht an ein Weiterleben nach dem Tod. Getreu seinem Credo in einer Ständeratsdebatte: «Schluss. Fertig. Aus die Maus.» *Christoph Mörgeli*